

BERICHT ZU FORDERUNGEN UND LÖSUNGEN

Aurora MSC Side Event „Neglect 2 Protect: R2P Revisited“

15. Februar 2019

ZUSAMMENFASSUNG

Um Lösungen für die drängendsten humanitären Krisen der Welt zu finden, müssen Hindernisse bei der Umsetzung des R2P überwunden werden, konstatierten Experten auf der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC). Botschafter Wolfgang Ischinger betonte bereits bei den Aurora-Dialogues 2018 in Berlin, dass man eine Mitschuld an den Verbrechen trägt, bei denen man trotz vorhandener Möglichkeiten nicht interveniert. Dieses Thema wurde auf dem MSC-Side-Event "Neglect 2 Protect: R2P Revisited" mit UN-Vertretern, Regierungsbeauftragten und Staatsanwälten, NGOs sowie lokalen Helden weiter diskutiert. Wie kann das Prinzip der Schutzverantwortung bei der Prävention von und Reaktion auf Völkermorde, ethnische Säuberungen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit umgesetzt werden? Angesichts des zunehmenden Nationalismus und Isolationismus wurden die Rolle der Zivilgesellschaft sowie mögliche neue, transnationale Partnerschaften und die Verbesserung bestehender Strukturen debattiert.

SPRECHER

Fatou Bensouda, Chefanklägerin, Internationaler Strafgerichtshof, Den Haag

Thomas Catena, Vorsitzender, Aurora Humanitarian Initiative, Jerewan

Christoph Heusgen, Botschafter, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen, New York

Jean-Pierre Lacroix, Untergeneralsekretär für Friedensoperationen, Vereinte Nationen, New York

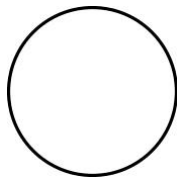
David Miliband, Präsident und CEO, International Rescue Committee; ehemaliger Minister für auswärtige Angelegenheiten und Commonwealth-Fragen des Vereinigten Königreichs

PROBLEMANALYSE

Die Kluft zwischen dem Prinzip der Schutzverantwortung, wie es einst völkerrechtlich beschlossen wurde und der Realität ist immens. Darüber hinaus stehen wir vor einem konzertierten Frontalangriff auf das Prinzip selbst, da Argumente der staatlichen Souveränität stärker als je zuvor in den Vordergrund der Öffentlichkeit drängen. Die Spaltungen innerhalb der internationalen Gemeinschaft behindern politische Lösungsstrategien und den Schutz von Zivilisten. Gleichzeitig sind Konflikte komplexer geworden und langwierige Krisen durch die Beteiligung mehrerer Akteure sowie transnationale Herausforderungen wie Terrorismus, illegale Aktivitäten und Klimawandel ausgelöst worden. Der Sicherheitsrat ist festgefahren, und die einzelnen Mitgliedsstaaten betrachten es nicht als ihre Aufgabe, zu intervenieren.

Darüber hinaus stehen wir vor einem Mangel an Strafverfolgung, da die rechtliche Zuständigkeit des IStGH begrenzt ist. Dies führt zu zunehmenden Fällen der Straffreiheit, der Antithese des Prinzips der Schutzverantwortung. Das Ergebnis dieser Entwicklungen ist, dass die Menschen den Glauben daran verlieren, dass die bestehenden Systeme etwas bewirken können.

Global Perspectives Initiative



FORDERUNGEN UND LÖSUNGEN

Stärkung des Multilateralismus!

Die einzige Lösung, um diesen globalen Herausforderungen zu begegnen, ist der Multilateralismus. Glaubwürdige und legitime Institutionen mit geteilter politischer Macht sowie ein größeres Bewusstsein für gemeinsame Interessen müssen gestärkt und entwickelt werden. Die bestehenden Strukturen und Verträge müssen dazu dienen, die jeweiligen Parteien zur Rechenschaft zu ziehen.

Neue und stärkere Partnerschaften!

Isolation schafft Unwissenheit, die Integration verschiedener Interessensgruppen ist unerlässlich. Die Kooperation mit der Afrikanischen Union ist essentiell für eine wirksame Krisenprävention in Afrika.

Inklusiver Ansatz!

Prozesse müssen durch die Vernetzung von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aufeinander abgestimmt werden. Stimmen von Akteuren vor Ort, von Überlebenden und Hilfsbedürftigen müssen systematisch in die globale Debatte integriert werden. Besonders Frauen und Jugendliche können einen entscheidenden Beitrag zur Friedenssicherung leisten.

Benennen, beschämen und beschuldigen!

Wir benötigen die Beschämung durch Medien und Öffentlichkeit, um die Kosten für Menschenrechts-verletzungen zu erhöhen. Ein Staat verliert seine Souveränität, wenn er nicht bereit oder in der Lage ist, seine Bürger zu schützen. Staaten, Medien und Zivilgesellschaften, die sich diesen Werten und Rechten verpflichtet fühlen, müssen sich zu Wort melden.

Stoppt Straffreiheit!

Straffreiheit verhindert dauerhaften Frieden und Gerechtigkeit. Der Sicherheitsrat und die einzelnen Staaten müssen den IStGH bei seiner Arbeit unterstützen: Verhaftungen müssen durchgesetzt werden, auch in Fällen von Staaten, die das Römische Statut nicht unterzeichnet haben.

Maßnahmen der Zivilgesellschaft!

Wenn sich Regierungen und multilaterale Systeme zurückziehen, müssen NGOs und Privatwirtschaft verstärkt aktiv werden. In Demokratien können Menschen humanitäre Interventionen fordern und die Lokalpolitik unter Druck setzen, ihre Interessen und Werte zu vertreten. In undemokratischen Staaten können ein Appell an gemeinsame Werte und die Einrichtung von Mechanismen zur Datenerhebung den Schutz der Menschenrechte unterstützen.

Finanzielle Unterstützung für Advocacy!

NGOs arbeiten hart daran, Menschenrechtsverletzungen gezielt zu bekämpfen. Um ihre Reichweite gegenüber politischen Akteuren und Bürgern zu verbessern, müssen sie jedoch viel mehr in Lobby- und Kommunikationsarbeit investieren und brauchen hierfür die finanzielle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.

Bei Fragen oder Anmerkungen wenden Sie sich bitte an: Judith Ramadan (j.ramadan@globalperspectives.org).

Global Perspectives Initiative

Global Perspectives Initiative gUG (haftungsbeschränkt), Schönhauser Allee 10/11, 10119 Berlin
0049 (0)30 726 26 75 30, office@globalperspectives.org, globalperspectives.org
Amtsgericht Charlottenburg, HRB 180995 B, Geschäftsführer: Dr. Ingrid Hamm, Stephan Balzer